

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag tags früh.
Redaktion und Verabfolgung: Drag 11., Nebojska 15. • Telefon: 20795, 31409. • (Korrespondenz): 20797 • Postfach: 57345

12. Jahrgang.

Sonntag, 10. Jänner 1932

Nr. 9.

Bergarbeiterexekutive für Ratifizierung des Arbeitszeitabkommens.

Genf, 9. Jänner. Das Exekutivkomitee der Internationale der Bergarbeiter nahm in seiner heutigen Sitzung eine Entschließung an, die mit Enttäuschung feststellt, daß die Konferenz der Regierungsveteren der Kohle erzeugenden Länder vom 7. Jänner in Genf, die sich mit der Möglichkeit der Ratifizierung der internationalen Konvention über die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken zu beschäftigen hatte, nicht zu befriedigenden Schlussfolgerungen gelangt ist. Das Exekutivkomitee richtet an die Bergarbeiterinternationale angeschlossenen Organisationen den dringlichen Appell, die Regierungen zu einem Verzicht auf ihre Haltung zu veranlassen.

Genf, 9. Jänner. Der Vollzugsausschuß der Gewerkschaftsinternationale trat gestern in Genf zu einer Prüfung der Lage zusammen, die durch die Stellungnahme der Vertreter der Kohleerzeugenden Länder entstanden ist. Der Ausschuß wird ferner das Programm des Grubenarbeiterkongresses, der im August in London stattfindet, besprechen.

Die Rechte läßt sich Zeit.

Entscheidung nicht vor Montag.

Berlin, 9. Jänner. Heute in den ersten Mittagsstunden fand neuerdings eine einstündige Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Hitler wegen der Amtsverlängerung Hindenburgs statt. Nachmittags wurde eine längere Besprechung zwischen Hitler, Eugenbergs und anderen Rechtsoppositionellen abgehalten.

Nach einer parteiamtlichen Mitteilung der Nationalsozialisten ist es noch zu keinem definitiven Abschluß gekommen; die Beratungen werden heute und morgen fortgesetzt, so daß frühestens am Montag nachmittags eine Entscheidung getroffen werden dürfte.

Für Sonntag mittags ist eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler und Eugenbergs vorgesehen.

Zu der Präsidentenfrage schreibt die „Völkische Zeitung“: Der Reichspräsident hat in die Verlängerung seiner Amtszeit nur unter der Voraussetzung eingewilligt, daß alle Parteien zustimmen und daß sie durch ein verfassungsmäßiges Gesetz erfolgt, das vom Reichstag beschlossen wurde. Der Reichspräsident hat mehrfach seinen Willen erklärt, sich in keiner wie immer gearteten Form zur Wahl stellen zu lassen, weder als Kandidat einer Partei noch einer Gruppe von mehreren Parteien noch auch als alleiniger Kandidat aller Parteien von der äußersten Rechten bis zur Sozialdemokratie.

Kreditverlängerung für die Reichsbank.

Berlin, 9. Jänner. Reichsbankpräsident Dr. Luther ist zu dem am Sonntag beginnenden Beratung der RZ nach Basel abgereist. Dr. Luther wird bei dieser Gelegenheit die Verlängerung des Reichsbank gewährten Hundert Millionen-Dollar-Kredits beantragen. Eine Verlängerung auf drei Monate zu den bisherigen Bedingungen dürfte, wie man annimmt, keine Schwierigkeiten bereiten.

Auch Oesterreich verlangt Devisenkredite.

Wien, 9. Jänner. Wie die „Reichspost“ erfährt, wird der Präsident der Oesterreichischen Nationalbank bei der Verwaltungsratsitzung der RZ am 11. Jänner die Dringlichkeit eines Devisenkredites für die Oesterreichische Nationalbank darlegen. In den Devisenkredit der Nationalbank sind Devisenkredite von 190 Millionen Dollars eingerechnet, die teils von der RZ, teils von der Bank von England herrühren. Dr. Reich wird versuchen, einen Kredit von 60 Millionen Schilling als Manipulationsreserve zu erhalten, das ist jener Betrag, der an die Bank von England (50 Millionen) und an die RZ (10 Millionen) im Herbst 1931 zurückgezahlt wurden.

Deutschlands Ziel in Lausanne:

Völlige Streichung der Reparationen

Erklärung Brünnings gegenüber dem englischen Botschafter.

London, 9. Jänner. Der „Star“ veröffentlicht ein Reuters-Telegramm aus Berlin über einen Besuch des englischen Botschafters bei Brüning. Hierbei verständigte der Reichskanzler den englischen Botschafter davon, daß Deutschland weder jetzt noch in Zukunft irgendwelche Reparationen zahlen könne, wenn das wirtschaftliche Leben der Welt wiederbelebt werden solle. Die deutsche Abordnung müsse auf der Lausanner Konferenz dringend für die vollständige Streichung der Reparationen eintreten.

„Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich.“

Brüning: für Kompromißlösungen keine reale Möglichkeit mehr.

Berlin, 9. Jänner. Ueber die Haltung der Reichsregierung und der deutschen Delegation in Lausanne erklärte Reichskanzler Dr. Brüning dem Chefredakteur des Wolffbüros gegenüber u. a.:

Es liegt klar zutage, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischen Zahlungen aufrecht zu erhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse. Bei diesem Stande der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Ueberlegungen, welchen Standpunkt sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie könne auf der bevorstehenden Konferenz

nichts anderes tun, als die gegebene Sachlage darzustellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Aufforderung zu richten, daß sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung tragen und nicht nach Kompromißlösungen suchten, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Abschließend erklärte der Reichskanzler, er glaube bestimmt, daß es heute in keinem Lager mehr an der inneren Einsicht in die Notwendigkeit der jetzt zu ziehenden Schlussfolgerungen fehle. Es komme nur darauf an, auch den Mut zur Verwirklichung dieser Einsicht zu finden und, wie der Sachverständigenbericht sage, die Behandlung wirtschaftlicher Probleme nicht wieder durch politische Gedankengänge beeinflussen zu lassen.

Paris: Die Konferenz gegenstandslos!

Berufung an den Internationalen Gerichtshof in Haag.

Paris, 9. Jänner. Zu der Neuherung des Reichskanzlers Dr. Brüning teilt die Agence Havas mit:

„Nach der allgemeinen Meinung macht der von Deutschland am Vorabend der Konferenz von Lausanne eingenommene Standpunkt, wie es scheint, die Konferenz der Mächte, welche den Young-Plan unterzeichnet haben, gegenstandslos, denn Deutschland bekennt bereits jetzt, ohne die Ergebnisse der Tagung abzuwarten, den Willen, sich seinen aus dem Young-Plan ersiehenden Verpflichtungen zu entziehen.“

In diesem Zusammenhang muß übrigens daran erinnert werden, daß der Young-Plan das Borgehen seitest, das im Falle einer Unterbrechung der deutschen Zahlungen eingeschlagen werden soll. Der Young-Plan setzt insbesondere fest: Sollte Deutschland (wie dies jetzt der Fall ist) dem Young-Plan zuwiderhandeln, so soll eine Berufung an den Internationalen Gerichtshof in Haag eingebracht werden. Es wird an den interessierten Regierungen und insbesondere an Frankreich liegen, sich über die gegenüber den von Deutschland beabsichtigten Nichterfüllung seiner Verpflichtungen einzunehmende Stellung zu verständigen.“

Das „geheilte Recht auf Reparationen“.

Paris, 9. Jänner. Finanzminister Flandrin richtete heute abends an die Vertreter der Presse eine Kundgebung über den angeblichen Ausspruch des Reichskanzlers Dr. Brüning in der Reparationsfrage. In seiner Kundgebung führte Minister Flandrin etwa folgendes aus:

Wenn die Worte, die dem Reichskanzler Brüning zugeschrieben werden, richtig reproduziert wurden, so würde das bedeuten, daß die deutsche Regierung der Gültigkeit der Bestimmungen des Young-Planes und des Friedensvertrages von Versailles ein Ende setzen will. Man muß die offizielle Bestätigung des Vorlautes abwarten. Klar ist jedoch,

daß kein Franzose eine einseitige Aufkündigung der freiwillig unterzeichneten Abkommen annehmen könnte, eine Aufkündigung, die eine Vernichtung unseres geheiligten Rechtes auf Reparationen bedeuten würde.

Niemand wird den Ernst der Weltkrise, sagte der Minister weiter, leugnen. Um die Periode der Depression zu überwinden, ist es notwendig, die

Regierungsschulden in ein System zu bringen, und eben daran arbeitet im gegenwärtigen Augenblick die französische Regierung, indem sie mit großer Verköhnlichkeit die Formeln studiert, welche geeignet wären, die Gläubiger und Schuldner unter einen Hut zu bringen und eine Erleichterung der Krise herbeizuführen. Ist schon wurde aber gesagt, daß die gegenwärtige Krise — wenigstens in finanzieller Hinsicht — eine Krise des Kredites, das ist eine Krise des Vertrauens, darstellt. Die Krise wäre unüberwindbar, wenn sie noch durch die Verletzung des Respektes vor den Verträgen kompliziert würde, was die angelegten Kapitalien nur noch zu einem größeren Mißtrauen veranlassen könnte.

Wenn der Konferenz von Lausanne eine solche Erklärung vorausgehen sollte, daß Deutschland nicht gesonnen ist, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, dann wäre es überflüssig, die Konferenz einzuberufen. Und tatsächlich ist es nicht nötig, die Rechte Frankreichs ansprechen und gleichzeitig seine Mitarbeit verlangen zu wollen.

Reparationsvorverhandlungen in Paris.

Paris, 9. Jänner. Ministerpräsident Laval verhandelte heute Vormittag mit dem ehemaligen belgischen Finanzminister Francqui, der Belgien auf der Konferenz in Lausanne vertreten wird, sowie mit dem rumänischen Finanzminister Argetojano. Finanzminister Flandrin hatte eine Unterredung mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich Moret. Der englische Schatzkanzler Sir Frederic Leith-Ross nahm heute seine Verhandlungen mit den Delegierten des französischen Finanzministeriums über Währungs-, Finanz- und Wirtschaftsprobleme und die Reparationsfrage wieder auf. Die Verhandlungen werden am Montag fortgesetzt.

Lausanne doch erst am 25. Jänner.

London, 9. Jänner. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem die französische Regierung nunmehr hat erklären lassen, daß ihr infolge dringender parlamentarischer Arbeiten frühestens der 25. Jänner als Beginn der Lausanner Reparationskonferenz zuzuge, hat die britische Regierung die anderen Regierungen entsprechend verständigt, und dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß die Konferenz für sie als endgültiger Beginn der Verhandlungen annehmbar sein werde.

Heller des Fascismus.

Eine Antwort an die Kommunisten.

Nicht nur die sozialistische Arbeiterklasse, auch das Bürgertum ist sich dessen bewußt, daß die Zerrissenheit der Arbeiterbewegung die Stärke ihrer Gegner ebenso wie die Schwäche der Arbeiterklasse bedeutet und darauf baut die die Reaktion ihre Hoffnungen auf. Es ist nicht einmal, sondern mehrfach geschehen, daß von den Vertretern und Organen der Bourgeoisie offen eingestanden wurde, die ganze Entwicklung hätte eine ganz andere, für das Bürgertum gefährlichere Wendung genommen, wenn ihm eine einige sozialistische Macht gegenübergestanden wäre und erst vor kurzem hat ein reichsdeutsches schwerindustrielles Blatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bekannt, es sei für „die Aufrichtung eines gesunden bürgerlichen Staates von höchster Bedeutung, daß mindestens bis zur Nachübernahme durch die Rechte die Zersplitterung im sozialistischen Lager andauert“ und es scheine, „daß man mit dieser Uneinigkeit rechnen darf“. Ihrer durch die von ihnen herbeigeführte Spaltung verursachten schweren Schuld an der Lähmung der Offensiv-, ja schon der Widerstandskraft der Arbeiterklasse sind sich natürlich, ohne sie eingesehen zu wollen, auch die Kommunisten bewußt, sie wissen, daß eine einige Arbeiterklasse dem Spuk des Faschismus sehr wohl ein Ende bereiten und daß auch der Verteidigungspolitik des Kapitalismus ein unüberwindlicher Damm entgegengesetzt werden würde. Darum reden sie immer wieder von der Einheitsfront, als deren Befürworter sie gerne in den Augen der Arbeiter erscheinen möchten. In der Praxis sind sie allerdings die böseartigen Saboteure der Einheitsfront, Zerstörer an Gedanken eines Zusammenschlusses der arbeitenden Massen zu gemeinsamer Abwehr des gegen diese gerichteten Ansturmes des Bürgertums und seiner faschistischen Landsknechte. Die Einheitsfront von der sie faseln, soll eine „rote Einheitsfront“ sein, das heißt eine, in der die sozialdemokratischen Arbeiter aufhören, Sozialdemokraten zu sein und sich blindlings „über die Köpfe der sozialdemokratischen Führer hinweg“ dem Kommando Moskaus unterordnen. Rote Einheitsfront — ein albernes und verbrecherisches Schlagwort, um die Schuld an der Zerrissenheit der Arbeiterklasse vergessen zu machen, Rote Einheitsfront — das ist ihnen nicht Kampf gegen die Gegner der Arbeiterklasse, sondern Kampf gegen die Sozialdemokratie.

In konsequenter Befolgung dieses schändlichen Doppelspiels hat naturgemäß auch der von uns vor einigen Tagen veröffentlichte Artikel „Weg mit der Spaltung!“ aus der Feder des ehemaligen kommunistischen Abgeordneten und seither zu den tschechischen Sozialdemokraten zurückgekehrten Genossen E. Burian bei den Kommunisten weder Gnade noch Verständnis gefunden. Die darin enthaltene ernste Mahnung vor der drohenden faschistischen Gefahr, vor der insbesondere das deutsche Proletariat steht, wird in ihren Blättern mit den nun schon abgedroschenen Schlagworten und kraftmeiernden Phrasen, aus denen weder Verminst noch Verantwortungsgedanke spricht, abgetan. Man könnte meinen, daß die kommunistischen Zeitungsschreiber vom Haß gegen die Sozialdemokratie so blind geworden sind, daß sie das Nabelsteckende nicht mehr sehen, aber nicht einmal dieser Haß ist echt, wie auch alles andere an ihnen, das sie nicht aus innerem Antrieb, sondern weil es ihnen eben anbefohlen ist, ausüben. Unehrlieh wie so ziemlich jedes Wort, ist auch der Haß gegen die Sozialdemokratie, den sie martellieren, um das Wohlgefallen ihrer Auftraggeber zu erringen und den sie als Antwort auf den Artikel des Genossen Burian bereithalten. Die vorgeschriebene Formel lautet, daß „die Sozialdemokratie der Hauptfeind im Proletariat“ ist und daß gegen sie „der Hauptschlag in der gegenwärtigen Periode“

des Klassenkampfes" geführt werden müsse und ganz in diesem Sinne klappert nun die tibetische Obertürme, es könne, der Schlag gegen den Faschismus nur über die Köpfe der sozialdemokratischen Führer hinweggeführt werden". Vorläufig, wenigstens bei uns, ist die kommunistische Partei noch nicht einmal so weit, um mit den von der Polizeigewalt gegen sie geübten Schurkereien fertig zu werden, sie bringt auch kaum eine nennenswerte Aktion zuwege, aber ihre Wortführer nehmen den Mund voll, als würde ihre Partei morgen schon die ganze kapitalistische Weltordnung über den Haufen rennen. Die Zahl ihrer Feinde scheint ihnen nicht groß genug zu sein, um an ihnen ihre überschüssigen und überquellenden Kräfte zu erproben, es müssen ihrer noch mehr sein. Unfähig, wehrlos wollen sie alles auf einmal vernichten, auch die Sozialdemokraten — mit dem weit aufgerissenen Mund! In Deutschland steht die Entscheidung auf des Meßers Schneide, die Verteidigung von Freiheit und Demokratie ist eine Lebensfrage der ganzen Arbeiterklasse geworden, die Kommunisten aber wiederläusen ihre albernen Schimpfereien auf die Sozialdemokraten und deklamieren unentwegt: der Hauptfeind ist die Sozialdemokratie!

Schon gelegentlich des Stahlhelm-Vollentscheides, bei dem die Kommunisten auf Seite der vereinigten Reaktion standen, war es Trotzki, der ihnen vorhielt, eine Einheitsfronttaktik, bei welcher sich die Kommunisten Schulter an Schulter mit den Faschisten gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum stellen, werde ein proletarisches Kopf nie verteilen und er stelle die Tatsache fest, daß man es hier mit einem prinzipiellen Verrat am Marxismus zu tun hat, zum Zwecke, die Schärflaternerie der Faschisten am besten nachahmen zu können. Man müsse, so sagte Trotzki, endlich aufhören, die Sozialdemokraten als Faschisten zu brandmarken, das sei eine Dummheit, die die Kommunisten selbst immer wieder verwirrt und letztlich schrieb er: „Um das feste Vertrauen der Arbeiterschaft zu gewinnen, müssen wir uns vor allem hüten, zu flunkern, unsere Kräfte zu übertreiben, die Tatsachen zu übersehen, oder noch schlimmer, sie zu verdrehen. Indem wir die Arbeiter betrogen, betrügen wir uns selbst!“.

Nunmehr ergreift Trotzki neuerdings in zwei Broschüren das Wort, in denen er das Verhängnisvolle eines faschistischen Sieges schildert. Beläunlich ist die ganze Taktik der deutschen Sozialdemokratie gegenwärtig darauf eingestellt, eine Machtergreifung des Faschismus zu verhindern, eine Politik, für welche die Kommunisten in ihrer Verantwortungslösung nur Hohn und Verleumdung übrig haben. Trotzki schildert demgegenüber, wie ein Sieg des Nationalsozialismus die Vertilgung der Blüte des deutschen Proletariats herbeiführen würde und wie „entsprechend der weitans größeren Reife und Schärfe der sozialen Gegensätze in Deutschland die Höllearbeit des italienischen Faschismus sich wahrscheinlich als blaffes und fast humanes Experiment ausnehmen würde im Vergleich zur Arbeit des deutschen Nationalsozialismus“. Er behauptet

das kommunistische Gerede, daß man den Faschismus nicht besiegen kann, ohne zuvor die Sozialdemokratie besiegt zu haben, denn es wäre lächerlich, zu glauben, die kommunistische Partei werde „in den nächsten Monaten sowohl die Sozialdemokratie als auch die Faschisten niederwerfen“. Auch Trotzki, dem seine Arbeit für den Bolschewismus als Dank die Verbannung aus Rußland eingetragen hat, ist Kommunist und er ist wahrhaftig kein Freund der Sozialdemokratie, aber er erkennt, daß die Sozialdemokratie, wenn auch geschwächt, so doch sich nicht so leicht, wie es sich die kommunistischen Rindsköpfe vorstellen, umzubringen ist. Der Versuch, die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Führern loszureißen, erscheint ihm als eine „hohle Phrase“, er fordert eine Verständigung mit der Sozialdemokratie darüber, wie zu schlagen, wen zu schlagen und wann zu schlagen sei und er warnt die Kommunisten: „Wenn der Faschismus zur Macht gelangt, wird er wie ein furchtbarer Lauf über eure Schädel und Wirbelsäulen hinweggehen. Rettung liegt nur in unbarmherzigen Kampf. Und Sieg kann nur die Kampfesverknüpfung mit den sozialdemokratischen Arbeitern bringen“.

Die Umbildung des französischen Kabinetts.

Paris (Eigendruck). Der physische Tod des Kriegsministers Andre Maginot und der politische Tod des Außenministers Aristide Briand machen jetzt eine Umbildung des französischen Kabinetts nötig. Die Krise wird am 13. Jänner, am Tage des Wödenzjännertrahns von Kammer und Senat, abgeklärt werden.

Drei Möglichkeiten bieten sich dem Ministerpräsidenten Pierre Laval. Er kann mit seinem ganzen Kabinet demissionieren, er kann sein Ministerium teilweise umformen, und er kann schließlich das Kriegs- und Außenministerium durch andere Minister des heutigen Kabinetts übernehmen lassen.

Im Moment ist das Wahrscheinlichste, daß Pierre Laval dem Republikpräsidenten Paul Doumer am 12. Jänner die Gesamtdemission des heutigen französischen Kabinetts überreichen wird. Wenn er sich für diese Lösung entscheiden sollte, so hält er es auch für ziemlich sicher, daß ihm die Neubildung des Kabinetts wieder übertragen wird. Das wäre diesmal um so leichter, als Laval nicht im Parlament gestürzt wurde. Schon jetzt spricht man davon, daß Laval dann sein Kabinet weiter nach links orientieren wird. Auch Anfang 1924 hatte es Poincaré für richtig erachtet, einige Leute aus der Linken des Parlamentes im Hinblick auf die Kammerwahlen des 11. Mai 1924 in die Regierung zu nehmen, doch hatte auch vor acht Jahren die Kabinettsbildung mit linkem Anstrich den Ministerpräsidenten nicht über die Neuwahlen hinausgetrieben können. In drei Monaten wird in Frankreich die Kammer neu gewählt, und da der Zug nach links geht, wiederholt Laval das Experiment.

Während Poincaré aber 1924 bei seiner Kabinettsumbildung nur Abgeordnete für sich gewinnen konnte, die gerade zur Linken Mitte gehörten, scheint es, daß Laval auf Parlamentarier rechnen kann, die direkt zur Linken gehören. Paul Painlevé, der frühere Ministerpräsident, der

Solange die Stalinsche Bürokratie den einzelnen kommunistischen Parteien die Geheiß ihres Handelns vorschreiben darf, solange ist freilich nicht daran zu denken, daß die Kommunisten Einkehr und Umkehr halten. Und so darf man sicher sein, daß auch Trotzki, der alte routinierte Revolutionär, ebenso wie jeder kommunistische Arbeiter, der angesichts der drohenden Gefahr an das Nächstelegende, an die gemeinsame Verteidigung des Ertrungenen und der Positionen der Arbeiterschaft denken wollte, als Verräter angebrüllt werden wird. Umso deutlicher muß es jedem sozialdemokratischen, aber auch jedem kommunistischen Arbeiter werden, daß allein die Sozialdemokratie, die in jahrzehntelangem Kampf gegen die Todesfeinde der Arbeiterklasse ihren Mann gestellt hat, fähig und willens ist, den großen Entscheidungskampf zwischen Freiheit und brutaler Reaktion zu führen. Wer, da der Feind vor den Toren steht, nichts anderes zu tun weiß, als in den eigenen Reihen Haß und Zwietracht zu säen, ist der wahre Verräter und Helfer des Feindes. Die Sozialdemokratie wird unbestimmert um das Saggeheil der Kommunisten ihren Weg gehen, doch über den nichtswürdigen Klassenerrat der kommunistischen Parteibürokratie wird die Geschichte das verdamnende Urteil sprechen.

den französischen Nationalisten stimmte da der Außenminister Briand für das französische Kadinet Laval und gegen die Veranlassung der Versammlung im Trocadero-Saal. Das zeigte bereits Briand als einen politisch völlig erhabigten Mann. Die französischen Nationalisten triumphierten über ihn, und mit diesem Ergebnis mag Herr Diller zufrieden sein. Wir sind es nicht. K. L.

Briands Krankheit ernst.

Paris, 9. Jänner. Die Nachricht von der Demission Briands wurde amtlich noch nicht bestätigt. Ministerpräsident Laval wird erst nach dem Begräbnis Maginots am Sonntag die Demission Briands bekanntgeben und die Beratungen über den Erfsah der beiden Minister, eventuell über eine Regierungsneubildung, beginnen.

Nach übereinstimmenden Meldungen aus zahlreichen Quellen scheint sicher zu sein, daß Briands Krankheit (Herzschwäche, schwache Blutzirkulation und starke Schwellung der Beine) so ernst ist, daß er an den internationalen Beratungen im Auslande nicht teilnehmen, ja vorläufig nicht einmal eine Erholungsreise nach dem Süden antreten kann.

Auf die Frage des Ministerpräsidenten, ob Briand ein Ministerium ohne Parteifunktion anzunehmen bereit wäre, soll Briand sich die Antwort vorbehalten haben.

Amerika bleibt fest.

auch wenn es isoliert werden sollte.

Washington, 9. Jänner. (Neutet.) Wie aus dem Weißen Haus verfehrt wird, werden die Vereinigten Staaten — auch wenn sie isoliert bleiben sollten — fest auf ihrer Japan und China erteilten Warnung beharren, derzufolge die Vertragsrechte Amerikas in der Mandchurei durch nichts berührt werden dürfen.

Hierbei wird jedoch betont, daß diese amerikanische Aktion nicht bedeuten solle, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr mit dem Völkerbunde zusammenarbeiten wollten.

Chinas Einheit nur littiv.

Der Standpunkt Japans.

Tokio, 9. Jänner. Die amerikanische Note wegen der Mandchurei ist im Außenministerium und in der Presse sehr wohl aufgenommen worden. Man erklärt, die Note halte mit ihrer Berufung auf den Kellogg-Pakt an der Fiktion der politischen und administrativen Einheit Chinas unter Einschluß der Mandchurei fest. Diese Einheit habe tatsächlich seit Tschangschin nie mehr existiert, da die Mandchurei immer nur nominell der Ranking-Regierung unterstand. Obendrein sei die Verdrängung Tschangschinliangs und seiner Organe aus der Mandchurei ursprünglich von Japan nicht beabsichtigt (?) gewesen. Sie habe sich vielmehr erst während der letzten Monate infolge der Weigerung der Chinesen, den Konflikt durch direkte Verhandlungen zu erledigen, und infolge der fortgesetzten antijapanischen Agitation der inzwisch in sich zusammengebrochenen Muldenbehörden zwangsläufig ergeben.

Ein Jesuitenloster in Brand.

Madrid, 9. Jänner. Nach einer Mitteilung des Innenministeriums ist das Jesuitenloster in Ona Provinz Burgos in Brand gesteckt worden. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Jan Hus Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v. Oskar Wöhric

(Verlag „Der Südostsee“, G. m. b. H., Berlin 1932. 61.)

I.

Was muß sterben. Die lärmenden Treiber, die ihn seit Wochen umringt halten, haben die abschneidende Kette geschlossen. Nun, ihrer Beute gewiß, lassen sie das letzte Gatter fallen.

Es ist genau so gekommen, wie der verlagte Magister in seiner Appellation, vor drei Jahren in Prag vom Papst an Jesum Christum, den höchsten Richter gien, voller Betrübnis des Herzens und voller Kummernis der Seele schriftlich niedergelegt hat:

„Siehe, der Feind hat sich ausgerichtet! Die Rot ist vorhanden, aber niemand, der mir hilfse! Viel Dand umgeben mich, und die Versammlung der Hornwütigen hat mich besessen! Sie haben wider mich geredet mit betrügliger Jung. Mit geschäftigen Worten haben sie wider mich bantliert und wider mich gefochten ohne Urfsah!“

Denn sie haben über mich einen solchen Rat gehalten, jagend: Wir wollen sein Speis mit Holz verderben und ihn aus dem Land der Lebenden treiben, daß seines Namens nimmermehr soll gedacht werden!“

Wirklich, so ist es.

Schärfer als mit des Bedrohten eigenen Worten kann die Lage gar nicht ausgeprochen werden.

Das in die Halle gelautete böhmische Wild ist eingekesselt und endgültig gestellt.

Es gibt keinen Ausweg, keine Rettung mehr. Hus muß sterben.

Sein Tod ist unabwendlich.

Der ganze Handel ausgemacht hinter verschlossenen Türen, von den Wortführern der Kurie und der deutschen Nation des Konzils abgestimmt, abgetrotzt, abgebrocht dem in dieser Sache ewig jägernden, ewig unentschiedenen Sigmund, römischen König, der aber heute gar nicht königlich wirkt, trotz seinem vornehmen schwarzen spanischen Anzug, aus dem dunkelsten Sammet mit silberweddröhremt Feder genäht und vom Träger der Krone mit vollem Bedacht gerade für diese Sitzung des Geheimkonventikels ausgewählt. Rein, heut steht der roibärtige Wehrer des Reichs, der Herr über Ungarn, Kroatien, Dalmatien und Slavonien, gar nicht aus als Inhaber und Ausüher der weltlichen Macht, nein, ihm rennt der helle Schweiß großtropfig von der gebildeten Stirn, sein Atem fließt, seine Gliedmaßen bebend und zittern, die paar Zähne, die er noch in den Kiefern hat, klacken hörbar aufeinander, als ob er Fieberfrost hätte, und allen, die ihn in dieser Versammlung sehen, muß es scheinen, als sei nicht Hus, sondern er, Sigmund, der arme Sünder, um dessen Verbrennung es ginge.

Doch, mag ihm, dem König, der Entschluß, seinen ehemaligen Schüpling fallen zu lassen, noch so schwer werden, die Endentscheidung läßt sich nicht mehr umgehen, nicht mehr länger hinausschieben, durch alle diplomatischen Künste nicht.

Damit ist das Schicksal des angeklagten Magisters entschieden.

Sein Tod ist notwendig. Aus Gründen des Staates, aus Gründen der Kirche, aus vielen anderen Gründen mit.

Wie hat doch Michael de Gausis, Suffens eifrigster, geschäftigster und verbissenster Ankläger, eben in der Schlufrede gesagt, mit seinen ausgebeinten, gelben Totenfangern die Kanie des Sprechtulkes umflammernd und Speichelbläschen noch allen Seiten spritzend:

„Kaudige Schafe gehören ausgemergelt aus

der Herde! Und selbst wenn der Keher noch im letzten Verhör oder gar auf dem Scheiterhaufen widerriefe: Glaubt ihm nicht, schwindige Väter, glaubt ihm nicht! Das wären nur weitere trüglische Schliche des verderblichen Wolfes. Traut ihm nicht, Leuchter der Kirche, traut ihm nicht! Ich beschwöre euch bei Jesu, uneres Heilandes Wundmalen! Fort mit ihm! Entsetzt ihn seiner priesterlichen Würden! Ueberantwortet ihn dem weltlichen Arm, auf daß ihm kein Recht geschehe, und daß wird Heulen und Jahnemärlische sein! Seinen stinkenden, hoffärtigen, Icherischen Leib presse die Flamme! Die Kammer der Kirche, die er durch seinen Geifer besudelte, werde wieder rein!“

Losender Beifall ist dieser Rede gefolgt. Händeklatschen, Fußgetrampel, daß der ganze Erich des Refektoriums zittert und Geklammer und Gejohl. Ausgelassenheit an schrillem Geisfrei, als sei hier nicht eine Versammlung der Blüte der Christenheit im Jahre des Heils 1415 noch unsres Erlösers Geburt, sondern ein aufgeregter, vielerbühter, leidenschaftendurchwühlter heidnischer Födelhaufe im römischen Zirkus, vor den Augen des Kaisars durch Niederkos des Donmens blutleuchend, bäumend und schäumend, den Tod eines im Netz gefangenen, unterlegenen Gladiators fordern.

Also Tod für Hus!
Also Verbrennung! Auslöschung! Vernichtung!

Das ist besser als lebenslängliche Haft und Einschließung in irgendeinem abgelegenen schwäbischen Kloster, wie das von einigen humanitätstreichenden Stimmgebenden vorgeschlagen wurde.

Von Stimmgebenden übrigens, die noch genauer unter den geschliffenen Verüll zu nehmen sind! Sie haben sich für Hus mit solcher Einbringlichkeit eingesetzt, daß der Verdacht nicht von der Hand zu weiten ist, die Fürsprecher könnten mit böhmischem Geld gekauft und bestochen sein.

„Da alles seinen Marktpreis hat in dieser Zeit und in diesen Vaterländern, da der Wert von Aentern und Pfänden ganz genau in Gold und Silber aufgezehret werden kann, bis in das letzte Pfand Pfening hinein, da ferner Reimungen gegen Geld oder Geldwert gewechselt werden wie verschwiele, abgetrogene, nicht mehr waschbare Hemden, warum sollten da nicht die Fürsprochen für den Böhmen gekauft und eingehandelt sein?“

„Das, das!“ hat Palecz ihm seinerzeit ins Gesicht hineingeschrien: „Wo ist die Joppe voller Sünder?“

Daz ist reich.

Er leugnete es zwar ab, als ihn der Verhörs-Ratdinal fragte: „Ist es wahr, daß du siebzigttausend Goldgülden besitzt?“

Doch was gilt schon die Ablegnung eines Kebers!

Darum aufgepaß!

Aus der Welt mit ihm! Kein Klostergefängnis! Tod!

Tod ist auch sicherer als Einperrung und gefängliche Verwahrung.

Kerkermauern können erbrochen, Gefängnistgitter durchgelagt werden. Gold macht sogar die Tugend der Rechten stolpern, warum nicht die eines Gefangenenwais?

Und selbst, wenn Suffens Ablegnung wahr sein sollte und er selber, seine Person anbetreffend, arm ist wie eine Kirchenmaus, das eine steht fest und läßt sich nicht widerlegen: die vom böhmischen Adel konnten ihn jederzeit lösen; denn die haben Goldes genug und sind seine Freunde. Soviel weiß man.

Tod dagegen schleht alle Zwischenfälle aus, mögen sie kommen, woher sie wollen.

Alles Gold der Welt kann einen toten Menschen nicht mehr lebendig machen.

Tod ist der Schlufstrich!

Tod bereinigt.

(Fortsetzung folgt.)

Das Einschreiten der USA. in Ostasien.

Die amerikanische Regierung hat sich plötzlich zu einem Schritt entschlossen, der ebenso überraschend ist, wie er weittragende Folgen haben kann: Sie hat den Regierungen von Tokio und Peking gleichlautende Noten überreicht, in denen sie feierlich an den Washingtoner Neunmächtevertrag von 1922 erinnert, der die territoriale und administrative Unverletzlichkeit Chinas und den Grundsatz der „offenen Tür“ verbürgt, und sie zugleich an ihre Verpflichtungen aus dem Kellogg-Pakt von 1928 mahnt. Diese Noten sind den sechs anderen unterzeichneten Mächten des Washingtoner Vertrages zur Kenntnis gebracht worden, das sind Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Portugal, die feinerzeit an der Seeabrüstungskonferenz teilgenommen hatten, auf der dieser China-Vertrag zustande kam. Ebenso ist auch Deutschland von dem Schritt verständigt worden.

Der amerikanische Schritt ist schon deshalb überraschend, weil er anscheinend ohne besonders aktuellen Anlaß erfolgt: es sei denn, daß das amerikanische Gewissen gegenüber China erst durch den Ueberfall auf den Konbul der USA. in Charbin aufgerüttelt worden wäre — aber gerade dieser Zwischenfall hatte das Staatsdepartement soeben als die förmliche Entschuldigung der japanischen Regierung als beigelegt anerkannt. Die Ereignisse in der Mandchurei haben ihren Anfang Mitte September 1931 genommen, als die japanischen Truppen unter einem plumpen Vorwand dieses riesige Gebiet zu besetzen begannen. Da mals schon wandte sich China hilfesüchtig an den Völkerbund und die noch tagende Jahresversammlung des Völkerbundes befaßte sich mit diesem Vorhaben. Da mals schon nahmen die Völkerbundmächte mit der Regierung von Washington Fühlung, aber diese bogüßte sich mit allgemeinen Redewendungen und hielt sich ostentativ zurück. Jetzt schreiben wir Anfang Jänner 1932. Inzwischen hat der Völkerbundrat zwei ausgedehnte Sonderzusammenkünfte abgehalten, einmal in Genf im Oktober und sodann in Paris im Dezember, jedesmal unter Teilnahme eines amerikanischen Beobachters, aber von einer besonderen Aktivität der Vereinigten Staaten zugunsten des angegriffenen China war nicht viel zu verspüren.

Jetzt auf einmal, am 7. Jänner 1932, also fast vier Monate nach dem Beginn der imperialistischen Aktion der Japaner, von der schon am ersten Tag feststand, daß sie gegen den Wortlaut und gegen den Geist sowohl des Neunmächtevertrages wie auch des Kellogg-Paktes verstieß, entläßt sich die amerikanische Regierung ihrer Pflichten und sie unternimmt diesen aufsehenerregenden diplomatischen Schritt. Sollte ihr Gewissen wirklich erst infolge der Besetzung von Tschintschau durch die Japaner erwacht sein, auf die Staatssekretär Stimson in einem ergänzenden Kommentar zu seiner Note hingewiesen hat? Sicher ist, daß mit der Befehlung dieser Stadt die faktische Besitzergreifung der gesamten Mandchurei durch die japanischen Truppen nunmehr vollendete Tatsache ist und daß die Japaner mit gepanzertem Faust nunmehr bald an die Tore des eigentlichen sinesischen Reiches pochen.

Wenn auch die amerikanische Aktion reichlich spät, vielleicht sogar schon zu spät, erfolgt, so ist sie dennoch zu begrüßen und jedenfalls einer weiteren Passivität vorzuziehen, die sich angesichts des Neunmächtevertrages, des Kellogg-Paktes und des Völkerbundsatzes allmählich zu einem internationalen Skandal herauswächst. Durch die September-Mahnungen des Völkerbundes haben sich die Japaner in keiner Weise behindern lassen: im Oktober übernahmen sie neue Verpflichtungen, als aber der Rat in Paris im Dezember wieder zusammentrat, war die Befehlung der Mandchurei weitergegangen; jetzt hat China abermals den Rat anrufen müssen, weil sich Japan auch um die neuen Dezember-Verbindungen nicht kümmert und unter dem alten, bequemem Vorwand der Bekämpfung von „chinesischen Banditen“ weiter marschiert, weiter besetzt, weiter Fliegerbomben abwirft, weiter chinesische Beamten absetzt und durch eigene Strohmänner ersetzt.

Ermutigt durch die Ohnmacht der Völkerbundmächte und durch die Passivität der Vereinigten Staaten, hat Japan vollendete Tatsachen geschaffen und sich immer rücksichtsloser über die bestehenden Verträge hinweggesetzt. Wird sich die Regierung von Tokio durch das späte und plötzliche Erwachen der Regierung von Washington beeinflussen lassen? Das wäre dringend zu wünschen, aber das erste, schroff ablehnende Echo dieses Schrittes in Tokio läßt das Gegenteil befürchten. Und wenn nun die Amerikaner, nachdem sie sich so spät zum Einschreiten entschlossen haben, sich eine solche Mißachtung nicht gefallen lassen, was dann? Die Zukunft im Fernen Osten ist mehr denn je voller dunkler Verwicklungen und Gefahren.

Aus dem Senate. Sitzungen halten ab: Am Mittwoch, den 13. Jänner, um 10 Uhr der Außenaußschuß; am 15. Uhr der Volkswirtschaftsausschuß; am Donnerstag, den 14. Jänner, um 15 Uhr der verkehrstechnische Ausschuß.

Der Niedergang der tschechoslowakischen Glasindustrie.

Weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit in der Keramikindustrie.

Die tschechoslowakische Glasindustrie, die infolge der Schutzölle der ausländischen Staaten schon seit länger als zwei Jahren einen schweren Kampf um die Abfahrmöglichkeit ihrer Produkte zu führen hatte, weist am Schlusse des Jahres 1931 derart trübselige Verhältnisse auf, die einem völligen Niedergange sehr ähnlich sehen. Im Harbauer Gebiet wurde die letzte Glashütte eingestellt und in den anderen Gebieten des Staates sind ebenfalls

weitere Betriebseinstellungen erfolgt, während in den noch produzierenden Betrieben starke Kurzarbeit eingelegt wurde. Völlig beschäftigt sind nur noch vier Prozent, während 63,2 Prozent gänzlich eingestellt sind und nur noch der restliche Teil mit stark gekürzter Arbeitszeit produziert. Der wirtschaftliche Stand der tschechoslowakischen Glasindustrie am Schlusse des Jahres 1931 war folgender:

Produkt	Gegähle Betriebe	Normallohn der Beschäftigten	Gänzlich stillgelegte Betriebe	Gänzlich arbeitslose Personen	Prozentlag der gänzlich arbeitslosen	Nach teilweise beschäftigten	Arbeitszeit	Prozentlag von der normalen Beschäftigung
Hohl- und Brechtglas	198	28000	137	15730	66.8	8970	400	1.4
Fensterglas (Hand- u. Maschinenerzeugung)	11	3900	6	1563	40.—	1950	387	9.9
Flaschenglas (Hand- u. Maschinenerzeugung)	28	2500	16	1690	66.8	810	—	—
Spiegel und Subglas	23	3900	11	1465	37.8	970	1465	37.5
Heimindustrie	489	7500	430	5690	73.—	2100	—	—
Zusammen	749	46100	600	29138	63.2	14800	2252	4.8

Etwas besser, aber ebenfalls sehr trübselig sind die Verhältnisse in der Keramikindustrie. Hier ist noch eine Vollbeschäftigung von 27,9 Prozent aufzuweisen und beträgt die Zahl der gänzlich Arbeitslosen 19,4 Prozent der normalen Belegschaften. Man neigt wohl zu der Auffassung,

daß hier im Jänner eine Besserung erwartet wird, jedoch ist in der ersten Woche im Jahre 1932 eher eine Verschlechterung der Situation zu verzeichnen. Am Schlusse des alten Jahres ergab sich nachstehende Situation:

Produkt	Gegähle Betriebe	Normallohn der Beschäftigten	Gänzlich stillgelegte Betriebe	Gänzlich arbeitslose Personen	Prozentlag der gänzlich arbeitslosen	Nach teilweise beschäftigten	Arbeitszeit	Prozentlag von der normalen Beschäftigung
Porzellan	47	12740	13	1790	13.1	7316	3644	28.7
Feinton	17	2900	2	800	34.7	847	683	28.4
Stein	16	1140	5	582	51.0	925	233	21.2
Zusammen	80	16180	20	3162	19.4	8488	4530	27.9

Die Glas- und Keramikindustrie gehören mit zu den wichtigsten Exportindustrien der tschechoslowakischen Republik. Durch die in letzter Zeit in England eingeführten Schutzölle sowie die verschärften Devisenbestimmungen der einzelnen Staaten wurden diese beiden Industrien neuerlich sehr empfindlich betroffen. Dazu kommt noch der Umstand, daß die Kapitalnot immer größer wird und es ist in letzter Zeit keine Seltenheit, daß

Schwierigkeiten in der Beschaffung des Geldes zur Lohnauszahlung bestehen.

Besonders die Glasindustrie hat in den letzten Jahren durch die ungeheueren Rationalisierungsmassnahmen ungemein große Kapitalien investiert, die nun fest verankert und nutzlos brach-

liegen, wobei der Kapitalmangel umso größer wird, als sich die Banken sehr reserviert verhalten, andererseits auch oftmals nicht den Anforderungen an Geldmitteln gerecht werden können. Die Aussichten für die nächste Zeit sind nicht günstig und ist auch bei einer denkbar besten Gestaltung der Verhältnisse damit zu rechnen, daß 25 bis 30 Prozent der Industrie die Produktion nicht mehr aufnehmen werden.

Die Lage der Arbeiterschaft ist verapweifelt, da infolge der langen Dauer der Krise bei vielen die Unterstützungsansprüche vollständig erschöpft sind und tausende Menschen dieser beiden Industrien sich in der bittersten Not befinden. Hilfe tut hier dringend not und die Erschließung einer neuen Unterstützungsmöglichkeit ist ein Gebot der Stunde.

Die wahren Schuldigen.

Die deutschen Agrarier im holden Verein mit ihren tschechischen Brüdern haben es sich anscheinend in den Kopf gesetzt, jeden sozialistischen Fortschritt zu Gunsten der Arbeiterklasse zu verhindern. Eine agrarische Größe um die andere weitem aus vollem Halse vor allem gegen den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung.

Abg. Windirsch, der Präsident der deutschen Sektion des böhmischen Bundeskulturates, ein alter Sozialistenfresser, ist dabei einer der lautesten Schreier. Da jede seiner Wald- und Wiesenerden in der landbändlerischen Presse groß aufgemacht werden, als ob sie Gott weiß welche Heilswahrheiten enthalten, ist seine arbeiterfeindliche Einstellung leicht zu kontrollieren. In der letzten Zeit sprach er in Duschküllersdorf bei Reichenberg. Sein Hauptschlag war das — Sparen. Vor allem müßte der Staat sparen. Wer beileide nicht bei den staatlichen Subventionen für die Agrarier! Das Sparen dürfe aber bei den Einrichtungen des Staates nicht halt machen, sondern muß, nach Herrn Abg. Windirsch, auch in den Selbstverwaltungskörpern (Gemeinde, Bezirk, Land) und in den Sozialinstituten die unbedingte Fortsetzung finden. „Selbstverständlich“ meinte Herr Präsident Windirsch, daß zuerst bei den Fürsorgeeinrichtungen tüchtig gespart werden müßte. Oder nicht?

Die wahre Natur der Landbändler kommt zum Ausdruck dort, wo sich Windirsch gegen den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung wendet. Die Schaffung eines Rotfonds, zu dem auch die bisher verschonnten Unternehmer beitragen sollen, liegt ihm schwer im Magen. Er plädiert zuerst für gemeinsame Arbeit zur Behebung des Innen- und Außenhandels, dann kommt aber der Pferdesuß:

„Konfliktstoffe beinhaltet dagegen die Lösung des Arbeitslosenproblems, wenn dabei die Erfüllung von Forderungen verlangt wird, die unsere entkräftete Volkswirtschaft nicht zu leisten vermag. Die Schaffung eines Arbeitsfonds darf von den sozialistischen Parteien nicht in einem Zeitpunkt erprecht werden, der hierfür weder wirtschaftlich noch politisch geeignet ist. Zur Lösung dieser Frage muß ungezügelteres, volles Eingreifen herrschen. Vor allem ist aber einmal genau in vielen Fällen die Berechtigung zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung nachzuprüfen, damit endlich die Zahl der wirklich berechtigten Bezahler festgestellt wird.“

Die jetzt so dringend notwendige Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge, die endliche Bezanzigung der Kapitalisten, ist nach der Meinung des Herrn Abg. Windirsch eine Erpressung! Auf der gleichen geistigen Höhe bewegt

sich das Verlangen der Kontrolle der Arbeitslosen selbst.

Die Arbeitslosen ersuchen daraus wiederum, daß ihre Hauptfeinde die selbstfüchtigen Herrschaften von Ehr und Galm sind. Die Komunisten und Sozialisten bekämpfen aber nicht die Agrarier, sondern uns Sozialdemokraten. Wenn Kundgebungen der Arbeitslosen notwendig sind, so gegen ihre tatsächlichen Feinde: die Kapitalisten aller Grade, nicht zuletzt gegen die agrarischen Führer. Sie sind die wahren Schuldigen an dem unbefriedigenden Stande der Arbeitslosenfürsorge. Sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden, nicht etwa — Gen. Dr. Czech . . .

Die Tischler gegen die Sozialpolitik.

In der letzten Nummer der in Wien erscheinenden „Wöbel- und Tischlerzeitung“ wird in heftiger Weise gegen die Sozialpolitik im allgemeinen und den Fürsorgeminister, Genossen Dr. Czech, im besonderen, zu Felde gezogen. Es heißt da u. a.:

„In den meisten Staaten ist man daran, die Soziallasten abzubauen, die Arbeitszeit zu verlängern, ohne Lohnverhinderungen, um durch eine rationalisierte Erzeugung billiger zu produzieren, um auf den Weltmärkten eine gesunde Konkurrenz zu bestehen. In unserer Republik macht man es gerade verkehrt. Nach dem Exposee des sozialdemokratischen Fürsorge Ministers Dr. Czech werden unsere Unternehmer noch mehr mit Soziallasten belastet, dann sollen besondere Kräfteabgaben eingeführt werden, die wieder nur der Unternehmer tragen muß und um die Sache im sozialistischen Sinne abzurufen, kommt auch noch die vierzigtägige Arbeitswoche ohne Lohnunterbrechung.“

Ebenso ist es den Tischlermeistern — die sogar die Arbeitszeit verlängern wollen! — nicht recht, wenn die Städte und Gemeinden Aktionen für Arbeitslose unternehmen. Welcher Maß gegen die Arbeitslosen die Herrschaften erfüllt, dafür nur der eine Satz aus der wirklich infamen Notiz: „Da fehlen ihnen noch“, so wird in bezug auf die Arbeitslosen geschrieben, „zum Nachschick die guten Zigarren, der schwarze Kaffee und die Gängematte.“ Es ist empörend, wie man sich da über Menschen lustig macht, die seit Jahren arbeitslos sind, seit Jahren unter den Wirkungen der Krise furchtbar leiden, die im kalten Zimmer sitzen müssen und nichts ordentliches zu essen haben und deren Kinder hungern und frieren. Die Anständigen unter den Tischlermeistern müßten wirklich die Gemeinschaft mit jenen ablehnen, die sich über die Arbeitslosen in dieser Weise lustig machen, sie müßten dem Redakteur ihrer Zeitschrift, der sich so etwas zu schreiben unterfündet, sagen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

Unser neuer Roman.

Der Arbeiterdichter Oskar Wöhrle ist unseren Lesern bekannt. Vor einigen Jahren haben wir den humorvollen Roman „Der Baldamus und seine Streiche“, dessen Verfasser Oskar Wöhrle ist, in unserer Blatte veröffentlicht. Der Roman hat gefallen, er hat viele Arbeiter zu Freunden des Dichters gemacht. Sie alle werden sich freuen, nun mit einem neuen Werke Oskar Wöhrles bekannt zu werden, mit einem Roman, der den Dichter auf einer sehr beachtlichen Höhe seiner künstlerischen Entwicklung zeigt, der aber auch schon durch die Stoffwahl die Anteilnahme unserer Leser erzwingt. Wir beginnen heute mit dem Abdruck des Romans

„Jan Hus * Der letzte Tag“

Daß der große tschechische Reformator und Märtyrer im Mittelpunkt der Handlung stehen muß, sagt schon der Titel. Aber doch ist der Roman keineswegs einer der üblichen biographischen Romane. Hus steht im Mittelpunkt. Aber er tritt nur in ganz wenigen Szenen selber handelnd auf. Die Handlung des Romans bewegt sich um Hus. Hus lebt in den Gedanken aller Menschen des Romans, er steht immer, immer im Hintergrunde, mahnend, drohend, er bestimmt das Handeln der Menschen, im Guten und im Bösen . . . der Roman führt nach Konstanz, der Stadt des großen Konzils, und er führt nach Konstanz am Vorabend der Hinrichtung des Magisters Hus und er entläßt den Leser unmittelbar nach dem gräßlichen Geschehen . . .

So umfaßt der Roman nur eine kurze Zeitspanne — aber es sind entscheidende, sind schicksalsschwere Tage, die er uns miterleben läßt. Erinnerung an die Folgen der Verbrennung des Jan Hus sind ja in diesem Lande lebendiger denn sonst irgendwo! Und so anschaulich, so plastisch, mit so suggestiver Kraft ist das Leben und Erleben in Konstanz dieser weltgeschichtlichen Stunden geschildert, ein so farbenreiches Bild jener fernsten Zeit, des spätmittelalterlichen und des bürgerlichen Lebens und Treibens der hohen und niedrigen Geisteslichter gezeichnet, daß der Leser nicht loskann von diesem Roman, von ihm gefesselt ist bis ans Ende.

Oskar Wöhrle ist es gelungen, in seinem Roman eine längstversunkene Zeit und einen der großen Helden dieser Zeit wieder lebendig zu machen, — er hat ein Kunstwerk geschaffen, aber ein Kunstwerk nicht für ein paar Auserwählte, sondern für viele — und recht viele Arbeiter und Arbeiterinnen sollen den spannenden und doch so gehaltenen Roman kennen lernen.

Abessinier massakrieren französische Eingeborene.

Gegen zweihundert Tote auf beiden Seiten.

Paris, 9. Jänner. Havas meldet aus Djibuti: Infolge eines Anschlages, der unter den dortigen Stämmen große Erregung ausgelöst hatte, sind etwa sechshundert abessinische Krieger in das Gebiet der französischen Kolonie von Djibuti eingedrungen, haben einen der dort lebenden Stämme angegriffen und 134 seiner Mitglieder getötet. Eine Abteilung berittener Truppen hat die Angreifer zurückgeschlagen, die dabei sechzig Tote und zahlreiche Verwundete zu verzeichnen hatten.

Polens Unterdrückungspolitik in der Ukraine

unter ausländische Druck gemildert?

Warschau, 9. Jänner. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ verzeichnet Gerüchte aus Lemberg, nach denen in der Behandlung der Ukrainer ein Umschwung bevorstehe. So sollten etwa tausend ukrainische Schulen, die feinerzeit von Polen geschlossen worden waren, wieder geöffnet werden; ferner will man in Stanislaw eine ukrainische Universität errichten. In diesen Zugeständnissen an die Ukrainer soll sich die Regierung mit Rücksicht auf die internationale Lage Polens entschlossen haben. Die Regierungspresse bringt indessen keine Bestätigung dieser Gerüchte.

Urteil gegen die polnischen Oppositionellen

Für Mittwoch anberaumt.

Warschau, 9. Jänner. Rody kürziger Dauer wurde der Prozeß gegen die elf ehemaligen Führer der oppositionellen Links- und Zentrumsparteien, der am 26. Oktober 1931 begonnen hat, am heutigen Tage beendet. Am letzten Verhandlungstage hielten die letzten zwei Angeklagten, die Bauernabgeordneten Kiernik (ehemaliger Innenminister) und Butel ihr Schlußwort, worauf der Vorsitzende des Tribunals das Gerichtsverfahren für geschlossen erklärte. Die Beratungen des Tribunals werden drei Tage in Anspruch nehmen. Das Urteil wird am Mittwoch auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

Arbeiter, kummert sich um eure Jugend! Unterstützt die Kinderfreundebewegung und die Jugendorganisation.

Der Sozialismus beginnt nicht in der Versammlung, sondern in der Familie!

An der Front von Baranowitsch.

Es war im Juni 1916, als wir als ein Exprek-bataillon an die russische Front geschickt wurden, nach den furchterlichen Verlusten, die das Regiment in den Junikämpfen 1916 bei Babie erlitten hatte, in dem Abschnitt von Baranowitsch, bei der wiederholten Offensive der Armee des Generals Brusilow.

Ganz Komotau stand auf den Beinen, als wir einmarschierten und in die Waggons für 40 Mann oder 10 Pferde eingepfercht wurden, bis der Zug abfuhr und uns an die russische Front brachte.

Dann ging der Marsch an die Front. Viele blieben liegen, marschunfähig und krank, 48 Stunden dauerte der Marsch, bis wir in die Linie kamen; wir machten noch Station bei der Brigade, wo ich Zeuge einer Prügelung wurde: ein feindlicher Russe, der durch Abgabe von Signalen vor einer Windmühle den Russen die Brigadefestung verrät, die sich das fortwährende Verschleichen nicht erklären konnte, wurde erschossen; ich sah seinen Leib, dessen obere Hälfte enthüllt war, nach einer Gewehrfeuer ins Gras sinken.

„Fuhrmann Henschel.“

Gastspiel des Wiener Deutschen Volkstheaters mit Emil Jannings.

Diese Aufführung, die äußerlich als Zensurton wirkt, zu der vor allem der Name eines berühmten Filmstars lockt, hat bei weitem mehr gegeben: den schönsten Theaterabend, den man seit langer Zeit im deutschen Theater erlebt hat und die Gewißheit, daß es in unserer Zeit noch eine dramatische Kunst und eine Mission der Sprechbühne gibt.

Die Aufführung des Deutschen Volkstheaters W. von Karlheinz Martin inszeniert, der im niederbrechenden Tempel der deutschen Bühnenkunst eine der Säulen ist, die noch tragen und tragen.

und loblschwarz, von Kugeln und Granaten erschossen. Mir graute, als ich dieses Anblicks ansichtig wurde, und ich wäre am liebsten wieder davon gelaufen.

Das Bataillon wurde aufgestellt in die Kompagnien, die am meisten Verluste hatten und die zum Teil schon in weiten Gräben lagen; ich und auch andere kamen in eine große Feldschneur, in der wir tagsüber schliefen und dann nachts Gräben graben mußten.

Wie unsere Vorbäter geoffen haben.

In der Auslegung des 101. Psalm hat Luther den Ausspruch getan: „Es muß aber ein jeglich Land seinen eigenen Teufel haben, Belschazzar seinen, Frankreich seinen. Unser teuflischer Teufel wird ein guter Weinschlauch sein und muß Sauff heißen, da er so durstig ist, daß er mit so großem Sauffen weins und biers nicht kann gefüllt werden.“

Mit diesen Worten sprach der Reformator nur aus, was alle wußten und besonders auch das Ausland in noch klarerer Weise sagte. Ein italienischer Humanist, Gian Francesco Poggio (1380 bis 1429), der als päpstlicher Sekretär mehrmals in Deutschland war, um dort alte Handschriften aufzutreiben, berichtet in einem Briefe an den Kardinal Cesarini: „Ehemals waren die Deutschen eine tiefergestimmte Nation; jetzt suchen sie, statt in Waffen, ihre Raubbegierde nur noch in Beingehehen; der größte Held ist, wer am meisten betrogen kann.“

In übrigen waren die deutschen Trinktitten derart, daß kein Ausländer, der das Land bereifte, davon hätte unberührt bleiben können.

empörlich und er mit mir (Schlaftranken hinausging. Die anderen schliefen trotz unserem Weiden weiter. Als wir hinaustraten und ein Stück des Wegs zur Feldküche gingen, krochte es, wir hielten uns gleich ins Gras nieder und über unsere Köpfe hinweg sausten und prasselten unzählige Schrapnells. „Au“, „Au“ hörte ich Schmerzensrufe hinter uns und Gebrüller: die Schauer ist durch die Unvorsichtigkeit unserer Leute, die mit langen Fächertangen am helllichten Tage das Wasser aus dem in der Nähe befindlichen Wasserbrunnen schöpfen, ein Ziel der russischen Artillerie geworden; die Leute hatten Steckschüsse im Leib und ein Inzusse der Schauer, in der wir schliefen, ein Korporal, war tot. Er lag auf dem Boden, Brust, Hände und Füße von den Splintern der Schrapnells durchschossen, und aus den Wunden flüchtete Blut.

Wie unsere Vorbäter geoffen haben.

nicht nur das wüste Treiben der Betrunknen sehen, er mußte selbst mittrinken, wenn er die andern nicht beleidigen wollte. In der Stille des Zutrinkens lag ein richtiger Trunkschwang, und zwar ein sehr energischer, denn man durfte einem Standesgenossen oder gar einem in Range Überstehenden, der einem zutrank, das „Kochkommen“ nicht verweigern, ohne sich schweren Repressalien auszusetzen.

Während Morryson und andere Ausländer noch besonders hervorhoben, daß die Frauen sich ganz dem Laster des Trunks freigelassen, scheinen sie diese rühmliche Erwähnung in dem rebentragenden Rheinland nicht verdient zu haben. In einem „Lied wider das Volkssaufen und Trunkenheit“, das 1665 in Frankfurt am Main gedruckt wurde, klagt ein unbekannter Dichter:

Die Weibskent auch haben an Einander zugutrinken, Wasse und halbe wie die Mann, Wein Herz will mir entstrinken, Wenn ich bedenk die Sünde schwer Und alten Schaden, so folgt her Aus Ueberfluß des Trinken.

Bringt ihn gerade das erst auf den Gedanken, es zu tun, ist es nur die Beweienshemmung, die ihn plagt? Das bleibt dunkel, im Drama wie in der Darstellung Jannings! Auf jeden Fall beginnt von hier der Abstieg: das junge Weib lenkt den Sinn des alternden Mannes auf böse Bahnen, seinen Sparfluß wandelt sie in Härte, seine Sinnenglut macht sie ihrer Herrschsucht dienbar, seine kindliche Einfalt nutzt sie, ihn zu betrügen.

Jannings ist vier Akte lang überzeugend; die maßige Gestalt schiebt er Schritt vor Schritt, geradeaus durch den Raum, seine Worte kommen langsam, aus dem Herzen selbst; die Unbeholfenheit vor den Phantasien der Sterbenden, vor dem schlaunen Spiel der berechnenden Jungen, die herrliche Realität des fast mütterlichen Vaters, der das uneheliche Kind der Frau von der Straße aufliest und es der Widerstrebenden bringt, vermeintlich, sie müsse nun ruhig, glücklich und erfüllt werden, das war prächtig.

Die Partnerin Jannings, Margarethe Meißner, war überaus eindringlich, aber doch nicht überzeugend. Sie hat einen Eitel, den man surrealistisch nennen könnte. Wenn sie über die Bühne legt, Kopf voran und Schulter schief, freischwebend sich durchsetzt, noch wenn sie mault und häßlich tut, ist sie

Lakerol TABLET. Schützen Sie sich rechtzeitig vor Erkältungen, Husten und Heiserkeit durch die bekannten, wohlschmeckenden Lakerol TABLET. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.

den Tisch, darin ist eine Schüssel. Wer nun Durst hat, der trinkt, ja, sie saufen einander daraus zu. Das Bier ist sehr gut, doch keine Kuh könnte so viel trinken wie eines dieser Säue, schier ungläublich zu sagen. Sie trinken Tag und Nacht, bis sie voll und wieder nüchtern werden; wer im Trinken ihr aller Meister ist, der empfängt nicht allein Lob, sondern Lohn und einen Kranz dafür.

Wo man zu so voller Erkenntnis des Unheils gelangt war, konnten Versuche der Abwehr nicht fehlen. Und zwar richteten sie sich gegen den Trunkschwang, der durch das Zutrinken ausgeübt wurde.

Im Jahre 1517 gründeten Herren und Ritter der Fürstentümer Steiermark, Kärnten und Krain eine Mäßigkeitsgesellschaft, die Christophelgesellschaft, gegen Völlerei und das gotteslästerliche Fluchen. Im Austrug hieß es von der Trunksucht, sie sei die Verstopferin der Sinne und Verschwenderin des Gedächtnisses.

Reben den Mäßigkeitsvereinen finden wir aber in der Reformationszeit auch bedürftliche Maßnahmen gegen den Trunk. Im Canton Uri wurde der, der sich in der Trunkenheit eines Vergehens schuldig gemacht hatte, nicht eingesperrt, sondern ihm ein Jahr lang der Weingenuß verboten (1537).

Die erwähnten Anläufe zur Bekämpfung des Lasters gingen dann im Dreißigjährigen Kriege in der allgemeinen Verwilderung unter. So heißt noch zwei Jahrhunderte lang ein zweites Lutherwort Geltung: „Deutschland ist ein arm gestraft Land mit diesem Sauffasel und gar erlaunt in diesem Laster, daß es sein Leib und Leben und dazu Gut und Ehr schändlich verzerret und durchaus eitel Säuken führt; daß, wenn man es malen sollte, so müßte man es einer Sau gleich malen.“

eine Inflation des Weibstusfels, aber nicht des triebhaften, sondern eines unweiblich berechnenden und bössartigen. Man hat kein Verständnis, keine Entschuldigung für diese Frau, die eben nicht die überschäumende Sinnlichkeit ist, die das Böse tun muß, weil ihr Blut es verlangt und ihr Hirn es nicht begreift; sie ist zu mager (das auch feilisch gemeint), zu knochig, zu scharf. Oft wird ihre Sprache unverständlich, ihr Wesen ist es fast immer.

Glänzend waren die meisten kleineren Rollen gespielt. Zuwerdelt zu nennen der Liebeshaar des Herrn Lassen, eine vornehm-victorische Leistung, die man wohl neben die Jannings stellen kann; kaum minder gut der Pferdehändler Walter Brandts, eine Gestalt aus dem Leben, wie man sie selten auf den Brettern sieht, der ausgezeichnete Gädler Rudolph Leisner, der seinen Jargon zwischen Pöbelisch und Schleichschprach sprach. Der alte Knecht Polbner, der Schmede Karthaus sind einzigartige Charakterzeichnungen. Der Windhund von Resner wurde von Herrn Schafheitlin überzeugend und brillant gespielt. Weniger gelungen erschien mir Forests Wermelstör, am schwächsten die erste Frau Henschel Marie Gutmanns, die im weiteren Verlauf Konventionen steden blieb. Elfe Föry, Güise Witt und einige kleinere Charen brachten Lobenswertes.

Es war ein Abend, wie man ihn heute und morgen wieder erleben möchte, es war Theater, wie es sein soll und wie sein Leben konnte. Möge das ein Anreiz für die neue Direktion sein, ein Ensemble und ein Repertoir zu schaffen, die ähnliches bringen! Spiel Klassiker, Spiel! Felsen, Hauptmann, Webling, Strindberg, spielt sie gut, dann bedarf es keiner Experimente!

PRAGER ZEITUNG.

Ans dem Prager Stadtrat.

Eine Million für die Arbeitslosen. — Achtung auf die Mietzinsabgabe!

In der letzten Sitzung des Prager Stadtrates, die am Freitag stattfand, wurde über Antrag des Primator-Stellvertreters Genossen Keller beschlossen, daß zur Durchführung von Arbeiten zwecks Vinderung der Arbeitslosigkeit ein Betrag von einer Million Kronen auszubahlen sei. Durch diesen Betrag wird es möglich sein, Arbeitskolonnen zu errichten und 900 Menschen Beschäftigung zu geben.

Genosse Dr. Langer brachte die Frage der Mietzinsabgabe zur Sprache. Am 1. Jänner sind nämlich die neuen, von der Gemeinde eingeführten Bestimmungen in Kraft getreten, wonach die Mietzinsabgabe herabgesetzt worden ist. Trotzdem haben einzelne Hausbesitzer am 1. Jänner die Zahlung der Mietzinsabgabe in der alten Höhe verlangt. Genosse Dr. Langer empfiehlt daher, die niedrigeren Sätze der Mietzinsabgabe in den Zeitungen zu veröffentlichen. Der Antrag wurde angenommen.

Zur Wahl des Bürgermeisters.

Zwei Kandidaten.

Dienstag teilt, wie wir bereits gemeldet haben, die am 27. September 1931 neugewählte Stadtvertretung zum ersten Male zusammen, um die Wahl des Primators der Stadt Prag vorzunehmen. Ursprünglich glaubte man, daß sich die großen Rathhausparteien auf die Kandidatur des bisherigen Primators Dr. Boga einigen werden. Nun haben aber die Sozialdemokraten die Kandidatur des bisherigen ersten Stellvertreters Dr. Stála angeknüpft, wodurch der Wahlausgang ungewis geworden ist. Die Entscheidung liegt bei der 11. Stadtverordneten der Liga, die den Ausschlag für Stála zu geben in der Lage wären.

Im neuen Gebäude der Postsparkasse in Prag werden Einlagen auf Scheckeinzahlungsscheine und auf Einlagebücher der Postsparkasse den ganzen Tag, ohne Unterbrechung von 8 bis 19 Uhr, also um eine Stunde länger als bei einem Postamt, entgegengenommen. Desgleichen sind Auszahlungen von Einlagebüchern den ganzen Tag zulässig.

Sonderausflug ins Adlergebirge! Die Staatsbahnverwaltung Prag-Süd fertigt einen Sonderausflug für Winterportler nach Notun im Adlergebirge und nach Jablonice nad Orlicke für den Preis von 90 K pro Person ab. Abfahrt vom Wilsonbahnhof am 12. Jänner um 14 Uhr 30, Rückkehr am 24. d. M., nach 22 Uhr. Im Preise von 90 K ist eingeschlossen: Die Fahrt aus Prag nach Notun im Adlergebirge oder nach Jablonice nad Orlicke und zurück, die Verpflegung, mit dem Nachtmahl am 23. d. M. beginnend und mit dem Mittagessen am 24. d. M. endigend, Logis in geheizten Zimmern, Führung und Unfallversicherung. Anmeldungen bei der Personenklasse Nr. 13 auf dem Wilsonbahnhof.

Exkursion in die Hohe Tatra. Die Expedition verläßt am 13. Jänner um 21 Uhr vom Wilsonbahnhof Prag. In der Tatra wird sie sich 4 Tage aufhalten. Preis pro Person 375 K. — Fahrkarten zu diesem Zuge folgt die Kassa Nr. 13 am Montag, den 11. Jänner, von 9 bis 23 Uhr aus.

Gerichtssaal

Eine Hileruniform — eine Schachtel Zinnsoldaten — und die „bedrohte Staatsintegrität“.

Frage 8. Jänner. Wie haben bereits anlässlich der ersten Verhandlung dieses kuriose Falles im Spätsommer v. J. über ihn berichtet. Der 19jährige Pioniersoldat Herbert Busche war zwar kein organisierter Nationalsozialist, kumpalisierte aber mit der Hileruniform und las ewig den „Illustrierten Beobachter“. Die Letztere trug ihre Früchte insofern, als ihm die dort auf jeder Seite reproduzierten Hilttermonarchen gemaligt in die Augen stachen. Und als er nun im „Tag“ ein Berliner Inletat las, welches das vielgeheirte Kostüm zu nünftigen Bedingungen anbot, schickte der junge Mann sofort die verlangten 510 K ein und wartete ungeduldig auf das Einlangen der erbetenen Sendung. Statt dessen erhielt er eine Vorladung zur Polizei. Denn die Zollbehörden hatten gelegentlich der Amtshandlung mächtig Aufstoß genommen und die Montur den Sicherheitsbehörden übergeben.

Und diese erlitten denn auch wirklich eine gefährliche Bedrohung der Staatsintegrität in dieser Sache und die Staatsanwaltschaft erhob die Anklage nach § 17 des Schutzzesetzes, welcher Paragraph Konspirationen gegen die „verfassungsmäßige Staatseinheit“ usw. mit Strafe bedroht. Man hat allerlei Entschuldigungen eingeholt, sowohl über die Zulässigkeit des Tragens uniformartiger Bekleidung überhaupt, als auch darüber, ob die Datenbewegung als staatsgefährlich anzusehen sei oder nicht. Die Landesbehörde hat mitgeteilt, daß man das Tragen monturähnlicher Kleidung von Fall zu Fall dulde, soweit keine anderen Bedenken vorliegen. Eine „Datenbewegung“ als solche existiere

als juristischer Begriff nicht, sondern nur die sogenannten nationalsozialistischen Parteien.

Bezeichnend ist, daß außer den Monturstücken noch eine Schachtel Zinnsoldaten (in Hiltteruniform) der Sendung beilag, mit denen der 19jährige Angeklagte spielen wollte. Dieses Faktum dürfte zur Charakteristik des Falles wohl hinreichen.

Der Senat des OVR. Kriksitel nahm indessen die „Konspiration“ des Reunzehnjährigen durchaus ernst, obwohl dieser in glaubwürdiger Weise jede staatsfeindliche Absicht in Abrede stellte. Er wollte einfach in der Montur prunken. Daß sie verboten sei, habe er nicht wissen können und sich in diesem Fall die Sachen doch nicht ganz offen an seine Adresse zuwenden lassen, da er ja wußte, daß sie die Grenzkontrolle passieren mußten. Übrigens beantragte der Verteidiger die Eindernahme Hiltters und anderer Funktionäre und Reichsbehörden über die Legalität der reichsdeutschen Hiltterpartei. Der Senat gelangte indessen unter Verwerfung dieses Antrages zu einem verurteilenden Erkenntnis und Herbert Busche bekam vier Wochen strengen Arrest, bedingt auf zwei Jahre. In der Urteilsbegründung heißt es u. a., daß trotz des offiziellen legalen Rufes der Hiltterpartei in Deutschland in deren Presse und Rundsendungen wiederholt irredentistische Gedankengänge geäußert wurden. Gerade der „Illustrierte Beobachter“, aus dem der Angeklagte die Anregung empfangen hatte, enthalte solche anstößige Artikel. Wenn er trotzdem die Uniform einer solchen, wenigstens teilweise staatsfeindlichen Bewegung bestellt habe, so bedeute das deren finanzielle und moralische Förderung und der Tatbestand sei daher erfüllt.

Außer dieser Sühne für die Bedrohung der demokratischen Republik hat den Reunzehnjährigen noch eine weitere und schwerere Strafe betroffen: sein Dienstgeber, die Schokoladenfirma Kluge, hat ihn nach dem Bekanntwerden der Sache sogleich entlassen.

Chalupa mangels an Beweisen freigesprochen.

Rigoroze Wahrung der Sauberkeit der Partei.

Frage 8. Jänner. Der ehemalige Abgeordnete der tschechischen sozialdemokratischen Partei Albin Chalupa, der bekanntlich bei der Entleerung der Herrschaft Grattau vom Rechtsanwalt des ehemaligen Grundbesitzers 50.000 K für eine Genossenschaft erhalten und erst viel später abgeführt hat, wurde heute nach mehrwöchiger Verhandlung von dem Senat des OVR. Toman freigesprochen. In der Urteilsbegründung wird erklärt, daß das Verhalten zwar nicht als einwandfrei zu bezeichnen sei, doch sei der schlüssige Beweis dafür, daß der Angeklagte eine Unterschlagung beabsichtigt habe, nicht erbracht worden.

Man hat seinerzeit von gewisser Seite den (freilich sehr schüchternen) Versuch unternommen, aus diesem Fall eine „Affäre der Sozialdemokratie“ zu machen. Aber es war gerade die Partei, die sofort eingeschritten ist, Chalupa ausgeschloffen und das Strafverfahren in Gang gebracht hat, als die ersten Verdachtsgründe zutage traten. Wie rigoros die Partei auf solche Vorfälle reagiert, — aus den Akten hervor. Sowic freistand, daß eine formelle Unkorrektheit erfolgt sei, ohne daß der nähere Sachverhalt noch bekannt war, wurde Chalupa von Genossen Dampj gefragt, ob er wisse, was das für ihn bedeute. Und Chalupa mußte antworten: „Ja! Ich werde mein Abgeordnetenehmandat verlieren und aus der Partei ausschneiden müssen.“

Mitteilungen aus dem Publikum.

Wie wir hören, ist in Konsummentenreisen vielfach die Ansicht verbreitet, daß die ab 1. Jänner 1932 zum neuen Preise von 30 Heller in Verkehr gelangenden Zündholzschachteln einen speziellen Steuervermerk oder eine spezielle Etikette tragen. Nach unseren Informationen von zuständiger Seite ist dem nicht so, sondern die Zündholzschachteln gelangen unverändert in der bisherigen Ausstattung, zum neuen Preise von 30 Heller zum Verkauf.

Kunst und Wissen

Heute halb 3 Uhr nachmittags Arbeitervorstellung: „Zur goldenen Liebe“, Operette, Reifliche Karten an der Theaterkassa.

Arbeitervorstellung: „Don Pasquale“, komische Oper von Donizetti, am Sonntag, den 24. Jänner, um halb 3 Uhr nachmittags im Neuen Deutschen Theater. Karten ab Dienstag täglich bei Dprifer Deutsch, Graben, Palais Koruna.

Heute 8 Uhr: „Juwelentrab“, erfolgreiche Weihnachtsopera (73-1). — Nächste Wiederholung im Neuen Deutschen Theater: Dienstag, 8 Uhr (74-1).

Morgen, 7 1/2 Uhr: „Im weißen Höl“, Singpiel von Müller-Benagly. (Freier Verkauf der Bankbeamten-Gruppen I. u. II.)

Freitag, 7 1/2 Uhr: „Victoria und ihr Husar“, Operette von Abraham, der stärkste Operettenerfolg der vorigen Spielzeit. (77-1).

Sonntag, 7 1/2 Uhr: „Erfahrungsbücher Geseht und heute“, Schauspiel von Christo Winsloe. Das Werk, das einen Einblick in das Milieu eines adel-

ligen Mädchen-Erziehungsheims gibt, ist neuerdings durch den Aufstieg erregenden Film „Mädchen in Uniform“ in den Mittelpunkt des Interesses gerückt (78-11).

In Vorbereitung: „Mifabo“, große Festvorstellung zu Gunsten der Pensionsanstalt der Solisten.

Leonie Kruse, die dem Deutschen Theater durch zwei Jahre als jugendlich-dramatische Sangerin angehörte, scheidet mit Abfluß dieser Spielzeit auf ihren Wunsch aus dem Ensemble des Prager Deutschen Theaters aus.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute, Sonntag, 8 Uhr: „Juwelentrab in der Rärntnerstraße“, Lustspiel von Fedor. (73-1) — Montag, 7 30 Uhr: „Im weißen Höl“, Singpiel von Müller-Benagly. (Freier Verkauf und Bankbeamten-Gruppen I und II.) — Dienstag, 8 Uhr: „Juwelentrab in der Rärntnerstraße“. (74-1) — Mittwoch, halb 8 Uhr: „Zur goldenen Liebe“, Operette von Benagly. (75-3) — Donnerstag, 7 30 Uhr: „Zieland“, Oper von Hiltter. (76-4) — Freitag, 7 30 Uhr: „Victoria und ihr Husar“, Operette von Abraham. (77-1) — Samstag, halb 8 Uhr: „Erfahrungsbücher Geseht und heute“, Schauspiel von Winsloe. (78-2) — Sonntag, 7 30 Uhr: „Der Barbier von Sevilla“, Oper von Rossini. (79-3) — Montag, 8 Uhr: „Juwelentrab in der Rärntnerstraße“, (80-4)

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Sonntag, nachmittags 3 Uhr: „Liebe — unmodern“. Abends 8 Uhr: „Liebe — unmodern“. — Montag, 8 Uhr: „Juwelentrab in der Rärntnerstraße“, Lustspiel von Fedor. (Ab.) — Dienstag, 8 Uhr: „Frauen haben das gern“, Schwankoperette von Kalle. (Ab.) — Mittwoch, 7 30 Uhr: „Kümmere dich um Amelie“, Schwank mit Musik von Herzau, Rad und Grün. (Ab.) — Donnerstag, 8 Uhr: „Juwelentrab in der Rärntnerstraße“. (Ab.) — Samstag, 7 30 Uhr: „Professor Bernhardi“, Komödie von Schnitzler. (Ab.) — Sonntag, nachmittags 3 Uhr: „Juwelentrab in der Rärntnerstraße“. (Ab.) Abends 7 30 Uhr: „Geseht und heute“, Schauspiel von Winsloe.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

S. J. II (Studenten): Dr. W. Brühl spricht über „Klassenkampf in der Koalition“ am Mittwoch, den 13. Jänner, 20 Uhr, im Oddorovy däm, I. Souterrain.

Vereinsnachrichten

„Urania“

Wochenprogramm:
Sonntag, halb 11 Uhr: „Am Rande der Sahara“, Reifefilm in eine eigenartige Welt.
Sonntag, halb 5 Uhr: „Urania-Kammerquartett“ für volkstümliche Musik: „Wiener Operettenmeister“.
Montag, Viertel 9 Uhr: „Am Rande der Sahara“, letzte Wiederholung.
Dienstag, 8 Uhr: „Das Antlitz des Bolschewismus“, mit Lichtbildern, Dr. A. Szano, Wien. Zweiter Vortragsabend: „Der Bolschewismus am Wendepunkt“.
Dienstag, 8 Uhr: Urania-Radiobund.
Mittwoch, 3 Uhr: „Schneewittchen“ und „Das Waldhaus“, Doppelprogramm, Kinder-nachmittag.
Mittwoch, 7 Uhr: „Mitrosische Frauengestalten“, Univ.-Prof. Dr. A. Klein. Vierter Vortrag. Kulturbilder aus der Antike.
Mittwoch, halb 8 Uhr: Graphologische Beratungsstelle. Leitung Prof. Dr. D. Ganta.
Mittwoch, 8 Uhr: Wiederbeginn: „Wissenschaftliche Graphologie“, mit Bildern, Prof. Dr. D. Ganta.
Mittwoch, 8 Uhr: „Was Rutilus im Polarreis sah und erlebte“, mit Bildern, Dr. Bernhard Billinger, Berlin.
Donnerstag, 8 Uhr: „Der Tierausgeburde als sozialethisches Problem“, mit Lichtbildern, Dr. Oskar Schwarz.
Freitag, 8 Uhr: „Lebtes auf den Sternen“, mit Lichtbildern, Dr. Artur Beer, Hamburg. Beobachtung anderer Welten im Spiegel der Wissenschaft und Phantasie.
Samstag, 3 Uhr: „Was jede Frau wissen muß“, Großer Aufklärungsfilm. Für Jugendliche nicht zugänglich.
Samstag, 8 Uhr: Wiener Kleinkunst.
Zu alle Kurse der Urania-Hochschule.
Karten zu allen Veranstaltungen: Urania-Kasse, halb 10 bis halb 1 und 3 bis 7 Uhr. Tel. 20321.

Vran-Urania-Rino.

„So 'nen Windhund.“ Vran-Urania-Rino zeigt in Uraufführung ein Lustspiel mit Roberts in einer neuen Fassung, Adalbert, dem populären Charakterkomiker Berlins, und dem eleganten Riemann! Heute 2, 4, 6 und 8 1/2 Uhr.

Ball-Voranzeige.

Der alleits beliebte Ball des Allgemeinen Angestellten-Verbandes, Ortsgruppe Prag, findet heuer am Samstag, den 30. Jänner im Feine-Saal, Weinberg, Hochhaus, statt. Kartenverkauf und Logenvermerkung bei Herrn Robert Danke, Prag II, Hünertobnam 4, Telefon 51351. 100

Sozialdemokratische Bildungsstelle, Prag.

Funktionärkurs: Partei — Gewerkschaft — Genossenschaft.

Der zweite Vortag in diesem Kurs findet Montag, den 11. Jänner 1932, um 8 Uhr abends, im kleinen Zimmer des Gewerkschaftshauses, Prag, Perstyn, statt.

Thema:
Die Aufgaben der sozialdemokratischen Partei.
Vortragender: **Gen. Dr. Robert Wiener.**

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-sportmöglichkeiten in Spanien.

Vor kurzem hatte der belgische Arbeiter-sportführer Lallemand Gelegenheit, den spanischen sozialistischen Abgeordneten Rojo Gonzalez in Brüssel u. a. über den Stand der Arbeiter-sportbewegung in Spanien zu befragen.

In Spanien, sagte Gonzalez, ist die sozialistische Partei gegen den Sport eingestellt; es gab eigentlich bisher nur eine Gruppe von Naturfreunden in Madrid. Der Volkssport ist der Fußball, und die Arbeiter, die Fußball spielen, tun das mit der geheimen Absicht, gelegentlich als Profi in den bürgerlichen Vereinen zu stoßen. Es wird also daher schon notwendig sein, den Niedergang des bürgerlichen Sports abzuwarten, um eine sozialistische Sportbewegung ins Leben zu rufen. Hinzu kommt allerdings noch eine andere Schwierigkeit, eine technische. Es fehlt an ausreichenden Betätigungsmöglichkeiten zwischen den größeren Städten Spaniens und vor allen an billigen. Die weit auseinandergelegenen Städte sind nur unter Aufwendung größerer Reisekosten zu erreichen und das ist natürlich für eine Arbeiterbewegung sehr nachteilig. Immerhin versucht man, in der Bewegung der „Jungen sozialistischen Garde“ für die Ziele der Naturfreunde und des Arbeitersports zu wirken.

Vom portugiesischen Arbeitersport hat Gonzalez schon lange nichts mehr gehört. Vor einigen Jahren gab es dort eine größere Gruppe, aber seitdem scheint sie angesichts der politischen Erschütterungen dieses Landes eingegangen zu sein.

Böhmische Union-Bank

(VEREINIGT MIT DEM ALLGEMEINEN BÖHMISCHEN BANK-VEREIN)

Zentrale in Prag

Aktienkapital Kc 200,000,000 —
Reservfonds Kc 201,550,000 —

FILIALEN:
Asch, Aussig, Bodenbach, Böhmisch-Budweis, Bratislava, Braunau i. B., Brünn, Brux, Freiwaldau, Frydek, Gablonz a. N., Graslitz, Hohenelbe, Igau, Jägerndorf, Karlsbad, Königshof a. L., Leitmeritz, Marienbad, Mähr.-Ostau, Mähr.-Schönberg, Neu-Titschein, Olmütz, Pardubitz, Pilsen, Probitz, Reichenberg, Rumburk, Saaz, Teplitz-Schönan, Trautenu, Troppau, Warnsdorf, Zwittau

EXPOSITIONEN:
Prag-Lieben und Prag-Weinberge.
Zucker-Abteilungen: Prag, Bratislava, Olmütz, Troppau.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines SELCHWAREN der Firma **HEGNER & Co., PILSEN**
Seichwaren der fa. HEGNER & Co., PILSEN SIND DIE ALLERBESTEN!